Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

27. Juli 2020

Vorlage Nr. 101.18.1767

Solidarität und Verbundenheit mit allen ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie Mitarbeitern städtischer Betriebe

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich entsetzt und fassungslos über die brutalen Angriffe und die hemmungslosen Gewalttaten auf unsere Einsatzkräfte wie sie in jüngster Vergangenheit u. a. in Dietzenbach, Stuttgart, Frankfurt am Main, Köln sowie am 20. Juli 2020 auch in Kassel auf der Friedrich-Ebert-Straße geschehen sind. Angriffe auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und damit letztendlich auf die Grundrechte der Bürger. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die Angriffe auf unsere Einsatzkräfte auf das Schärfste, welche wir weder akzeptieren noch tolerieren können.

   Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich solidarisch mit allen ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften, die sich mit ihrer unermüdlichen Arbeit für den Erhalt und Fortbestand unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaats einsetzen und seine Bürger schützen. Das Engagement der Zehntausenden von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräften in unserem Land, welche tagtäglich für unsere Sicherheit und unseren Schutz sorgen, ist ein essenzieller Baustein für den Zusammenhalt, die Funktionalität und die Existenz unserer Gesellschaft. Darüber hinaus zollt die Stadtverordnetenversammlung allen ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie Mitarbeitern städtischer Betriebe ihren höchsten Respekt, denn diese verdienen unseren bedingungslosen Rückhalt, unsere Solidarität, Wertschätzung und Anerkennung für ihren selbstlosen Einsatz an unserer Gesellschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt sich schützend und solidarisch in Verbundenheit hinter alle Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte sowie Mitarbeiter städtischer Betriebe in der Stadt Kassel und anderswo, welche Opfer verbaler und tätlicher Angriffe oder Nötigung geworden sind.

Darüber hinaus stellt die Stadtverordnetenversammlung klar:

- Unsere Polizei leistet eine hervorragende Arbeit zum Schutz der Bürger und der öffentlichen Sicherheit und hat von der Politik Unterstützung statt Vorverurteilung verdient.

- Die Stadtverordnetenversammlung steht zur Polizei und den Sicherheitsbehörden und wird sie mit aller Kraft gegen diejenigen verteidigen, die sie diskreditieren und sabotieren wollen.

- Die Stadtverordnetenversammlung fordert ein geschlossenes Bekenntnis der Bundesregierung und aller Landesregierungen sowie aller im Bundestag und Landtag vertretenen Fraktionen zu unserer Polizei sowie eine klare Distanzierung und Verurteilung von politischem Extremismus und gesellschaftlichen Destabilisierungsbestrebungen jedweder Richtung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat als Kollegialorgan auf gemeinsam öffentlich Stellung zu den Vorfällen auf der Friedrich-Ebert-Straße zu beziehen und sich schützend vor die Polizei zu stellen, der verletzten Polizistin seine Anteilnahme auszusprechen und die Täter sowie deren Hintergründe klar zu benennen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die beiden früheren Polizeidienststellen an der Kaulbachstraße und Rolandstraße wieder 24-stündig besetzt werden. Darüber hinaus, dass die Ausstattung unserer Polizei flächendeckend und zu jeder Zeit den Anforderungen im Dienst sowie dem aktuellen Stand der Technik bzw. der Sicherheitstechnik entsprechen müssen.

4. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die erneute Forderung des Hessischen Innenministers Beuth vom 25. Juni 2020 nach einer härteren Bestrafung bei Angriffen auf Einsatzkräfte und appelliert an den Deutschen Bundestag in seiner Funktion als Gesetzgeber, durch eine Änderung des Strafgesetzbuches eine weitere Verschärfung des Strafrechtes zu beschließen, um Einsatzkräfte wirkungsvoller zu schützen.

5. Des Weiteren wird die Stadt Kassel beauftragt einmal im Jahr einen „Tag der Einsatzkräfte“ zu veranstalten, bei welchem Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte öffentlichkeitswirksam für ihren selbstlosen Einsatz und ihre herausragenden Verdienste an unserer Gesellschaft - teilweise unter Gefährdung des eigenen Lebens - geehrt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender